

selten lange gelübt. Die Mailänder haben, besonders im Unfruchtlichen an den Reichsbäumen durch Abstreifen der Blätter vielfach Schaden angerichtet. In Scharen lagen die Käfer stellenweise unter den Bäumen.
Sera. Die 15jährige Dienstmagd Jose aus Schüttli, die wegen Brandstiftung beim Gutsbesitzer Neupert dort verhaftet wurde, hat jetzt auch gestanden, mehrere Giftmordversuche verübt zu haben und zwar an dem kleinen Kinde des Gutsbesitzers B., bei dem sie zuletzt in Diensten stand, sowie an ihrem Mitgesinde. Als Grund für ihre Taten hat sie angegeben, daß sie aus dem Dienste habe fortzukommen wollen. — In Rühndorf wurden bei einem Gewitter ein Mann und eine Frau vom Blitze getroffen und getödtet.

Tagesgeschichte.

Die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes.

Die Graf Bülow im Februar im Reichstag angefragt hat, ist tatsächlich verlagert. Der bayerische Ministerpräsident Frhr. v. Bodewits hat nach seiner Rückkehr aus Berlin einem Vertreter des „Berl. Vol.-Anz.“ erklärt: „Wir wünschen ebenso, wie dies in Berlin der Fall ist, daß diese Aufhebung des § 2 erreicht werde, aber es ist leider z. B. nicht möglich, dafür im Bundesrat eine Mehrheit zu bekommen. Es ist vollständig zutreffend, daß die bayerische Regierung von Anfang an in dieser Frage auf der Seite der preussischen gestanden hat.“

Mit der Reform des deutschen Apothekenwesens befaßt sich ein längerer Artikel, den die „National-Ztg.“ von sachmännlicher Seite erhalten hat. Als Grundgedanke einer zweckmäßigen Reform wird darin bezeichnet: Die neuen Konzeptionen und die frei werdenden bereits vorhandenen Personalstellen werden in Zukunft nicht mehr vererbt, sondern nur unter der Bedingung erteilt, daß der Inhaber eine jährliche, von dem Reinertrag der Apotheke abhängende Abgabe entrichtet. Der Ertrag dieser Abgabe aber wäre zu verwenden teils zum Ankauf veräußerlicher Konzeptionen die dann ebenfalls in Personalstellen umgewandelt würden, teils zu besonderen, dem Apothekerstande und auch dem Gemeinwohl dienlichen Zwecken. — Ein derartiger Plan wird auch bereits an zuständiger Stelle in Erwägung gezogen.

(Zur Frage der Arbeiterfürsorge-Gesetze.) Die Stellung der württembergischen Regierung zu einer Reihe sozialpolitischer Fragen legte Minister von Bischof in der Abgeordnetenkammer dar. Der Minister bemerkte, daß der Bundesrat sich den Wünschen des Reichstages auf Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung nicht entgegenstellen werde. Der Arbeitslosenversicherung dagegen stehe die Regierung ziemlich pessimistisch gegenüber. Ganz abgesehen von dem prinzipiellen Bedenken sei noch eine Reihe organisatorischer und technischer Vorfragen zu lösen, ehe man dem Reichstage eine Vorlage unterbreiten könne. Es fragt sich ferner, ob man zur Zeit mit Rücksicht auf die internationale Konkurrenz unserer Industrie neue Lasten zumuten dürfe. Einen ähnlichen Standpunkt nahm der Minister zur Frage der Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter ein. Bezüglich des Befähigungsnachweises habe sich die ablehnende Haltung der württembergischen Regierung nicht geändert; dies gilt insbesondere für den Nachweis für das Baugewerbe.

Einem eigenartigen **Grußfalsch** hat die Münchener Lokal-Schulskommission erlassen. Er handelt von den Lehrerinnen und ihren „männlichen Vorgesetzten“ und hat folgenden Wortlaut: „Es ist bei uns wiederholt Klage geführt worden, daß einzelne Lehrerinnen, wenn sie auf der Straße, in Trambahnen, in öffentlichen Gebäuden, ja selbst in Schulhäusern einem Vorgesetzten begegnen, es wiederholt und absichtlich unterlassen haben, ihm den schuldigen Gruß entgegenzubringen. Wir müssen das als eine große Ungehörigkeit bezeichnen und werden in Wiederholungsfällen unbedingt Strafen gegen ein derartiges Benehmen einschreiten. Es ist eine übliche Verknüpfung der Verhältnisse, wenn Lehrerinnen einen Begrüßungsmodus erwarten, der mit den Regeln der Disziplin nicht in Einklang gebracht werden kann.“ Die „Lokal-Anzeiger“ bemerkt dazu: „Kommt den Frauen jetzt entgegen.“ Ob die Disziplin wohl wirklich Schaden lerne, wenn die Herren Vorgesetzten nicht erst auf den Knien der Damen warteten, sondern, wie das in Westeuropa Sitte zu sein pflegt, zuvörderst ihre geschätzten Filze läßtten?

Frankreich.

Jetzt hat auch der französische Senat sein Votum zugunsten der Einführung der zweijährigen Dienstzeit im Heere abgegeben. Es wird also nicht mehr lange dauern, bis diese im Geiste unserer Zeit liegende Neuerung auch in Frankreich zur Tat wird. Gelpant darf man allerdings sein, wie sich die gallische Republik damit abfinden wird; denn will sie alle im Laufe der Zeit aufgestellten Truppencadres beibehalten, so dürfte sie auf erhebliche Schwierigkeiten stoßen. Schon jetzt hat es an einem durchweg brauchbaren Rekrutenmaterial gefehlt. Wo will Frankreich die bei der zweijährigen Dienstzeit alljährlich erforderlich werdenden Mannschaften hernehmen, da seine Bevölkerungszunahme längst auf dem Bedarfpunkte steht? Während für jedes Regiment zu drei Bataillonen bei der dreijährigen Dienstzeit unter normalen Verhältnissen mindestens 500 Rekruten erforderlich sind, erhöht sich bei der zweijährigen Dienstzeit und bei gleicher Regimentsstärke diese Zahl auf 750 Köpfe pro Jahr. Aber die französische Nation wollte auch in dieser Frage nicht hinter Deutschland zurückstehen, und da die zweijährige Dienstzeit dem Volke eine große Entlastung bringt, so wird sie sich auch mit ihren Einwirkungen auf die Heeresergänzung in irgend einer zweckmäßigen Form abfinden müssen.

Paris, 4. Juni. (Deputiertenkammer.) In seiner Antwort auf die Interpellation wegen der Ereignisse in der Oase Sigig erklärte Ministerpräsident Combes, daß, sobald die Zusammenziehung der Truppen beendet sei, die Ränke: ihre exemplarische Strafe erhalten würden. Die Regierung beabsichtige weder eine Eroberung, noch eine Besitzergreifung. Der Ministerpräsident fuhr fort: Wir haben Repräsentanten zu ergreifen und werden dies gemäß den Verträgen mit Marokko tun. Infolge dessen brauchen weder die Marokkaner noch die europäischen Mächte über unsere Absichten Besorgnisse zu hegen. Die auswärtigen Regierungen werden ohne Befürchtungen die Repräsentanten entsenden, welche notwendig geworden sind, um die Ueberfälle zu bestrafen und die räuberischen

Stämme davon abzuhalten, ähnliche Gewalttaten zu wiederholen. (Beifall.)

Desterreich-Ungarn.

Wien, 2. Juni. Aus Graz wird telegraphiert, Fürstbischof Dr. Schuster von Siedau hat seinen jüngsten Hirtenbrief, welcher den Gegenstand einer Interpellation im Abgeordnetenhause bildete, zurückgezogen und ihn von den Kirchenführern an welche er angeklagt war, entfernen lassen. Der Hirtenbrief war gegen die „Los von Rom“-Bewegung und gegen die Protestanten im allgemeinen gerichtet, forderte die gläubigen Katholiken auf, nicht mit Protestanten zu sprechen, zu verkehren oder Handel zu treiben, und sie als Ketzer zu behandeln. Die Alldeutschen im Reichsrat interpellierten die Regierung, nachdem mehrere Pastoren protestiert hatten. Ohne Zweifel hat jetzt der Fürstbischof vom Nuntius einen deutlichen Wink erhalten, der ihn veranlaßte, den Hirtenbrief zurückzugeben.

Ugram, 5. Juni. Aus der Provinz werden weitere Bauernunruhen gemeldet. Die Bauern ziehen nach den Bahnhöfen, wo sich ungarische Wappen und Aufschriften befinden und zerschneiden die Telegraphen- und Telephondrähte.

Budapest, 4. Juni. In Theresiopel hatten die Geschäftsinhaber verabredet, ihre Geschäfte Mittags zwei Stunden und Abends 7 Uhr ganz zu schließen. Da einige Geschäfte über diese Zeit offen hielten, zerschmetterte gestern die Menge die Schaufenster. Die Polizei war genötigt, da die Menge gegen sie Stellung nahm, mit blanker Waffe vorzugehen. Die taubstümpfige Menge wurde von bezittlenen Polizisten gestreut. Ein Kaufmann wurde blutig geschlagen. Mehrere Personen sind verhaftet.

Amerika.

Ein neuer Streich des Präsidenten Castro scheint weitere Schwierigkeiten mit Venezuela im Geolge haben zu sollen. Präsident Castro hat einige venezolanische Häfen kurzer Hand geschlossen; infolgedessen verringern sich die Zollnahmen, aus denen die drei Mächte befriedigt werden sollen, nicht unbedeutend. Gegen diesen Schritt Castros hat zunächst England Front gemacht. Das britische auswärtige Amt hat seinen Gesandten in Caracas telegraphisch angewiesen, gegen die von der venezolanischen Regierung beabsichtigte Schließung der Holfhäuser im Golfe von Paria und in Ciudad Bolivar Einspruch zu erheben. Deutschland und Italien dürften folgen.

Afrika.

Braxoria, 4. Juni. Der Gouverneur der Transvaalkolonie hat dem größten Teil der Büren den Rest der Strafen, zu welchen sie während des letzten Krieges wegen militärischer Vergehen verurteilt worden waren, erlassen.

Zur Wahlbewegung.

Leidnitz. Bergarbeiter Eduard Hänel, der Kandidat der Ordnungspartei, stellte sich am 3. Pfingstfeiertag in einer Anzahl Wählerversammlungen der Wählerstadt in Neustädtel, Wildbach, Langenbach, Thierfeld, Raum und Hartenstein vor. Es war erfreulich, daß sich in allen diesen Versammlungen nicht nur einfaches Interesse, sondern lebhafteste Sympathie für diesen Arbeiterkandidaten wahrnehmen ließ.

Aus dem **Freiberger Wahlkreis** wird den „N. N.“ geschrieben: Die Sozialdemokraten in Freiberg brauchen sich um einen Saal für ihre Versammlungen nicht zu sorgen. Die von einer Anzahl vermöglicher Herren erbaute, große Reithalle, die sich als nicht rentabel erwiesen hat, ist durch Kauf an einen Dresdener Herrn übergegangen, der — wie sich später herausstellte — von den Sozialdemokraten mit der Erwerbung der geräumigen, für Versammlungen sehr geeigneten Halle beauftragt worden war.

Leipzig. (Professor Sohm und die Nationalliberalen.) Der nationalsoziale Prof. Sohm, der sich längere Zeit vom politischen Leben ziemlich ferngehalten hat, ist jedoch mit einer scharfen Kritik der nationalliberalen Partei in den Wahlkampf eingetreten. In einer vom liberalen und nationalsozialen Verein einberufenen Wahlversammlung führte er aus, obwohl die nationalliberale Partei den nationalen und liberalen Gedanken miteinander verbindet, sei sie in der Auflösung begriffen, weil sie verjämmt habe, die Folge des liberalen Gedankens, gleiche Freiheit für alle, durchzuführen. Den nationalen Gedanken vertritt sie zwar nach außen, nicht aber nach innen. Das äußere „gehobere Deutschland“ könne nur geschaffen werden durch ein „größeres Deutschland“ im Innern, das heißt: Wachstum des deutschen Volkes, nicht bloß an Kopfzahl, sondern auch an Köpfen, die mitaunder bereit seien an den großen Aufgaben der Nation. Die untere Masse müsse emporkommen. Das könne sie nicht als Ganzes, wohl aber arbeite sich ein Teil, eine obere Schicht empor, die in der Sozialdemokratie organisiert sei, und die man willkommen heißen müsse, wenn nur die Führer national und international waren. Dem Emporkommen dieser oberen Schicht helfe man durch die soziale Gesetzgebung nach. Die nationalliberale Partei habe aber bei der sozialen Gesetzgebung ihre Schuldigkeit nicht getan und in der Arbeiterbewegung selbst verlagert.

Leipzig. Die Sozialdemokraten Leipzig führen ihren Kampf gegen diejenigen Saalbesitzer, welche ihnen ihre Räume zu Versammlungszwecken verweigern, energisch weiter und manchen Wirt mag da Lust zum Kapitalisieren angewandelt haben, wenn er nach dem Pfingstfesten Kasse macht. Vor jedem der boykottierten Lokale handten Leute, die kleine Flugblätter verteilten, deren Inhalt von dem Besuche boykottierter Etablissements abriet. Jeder geschicht von bürgerlicher Seite gar nichts, um diese Wirt, welche zu sich den beiden Wählern, „Militärboykott“ und „Arbeiterboykott“, gerieben werden, in ihren Jacturen zu schlingen und so wird die Sozialdemokratie auch ganz sicher noch ihre Ziele erreichen!

Ein „erhebendes Schauspiel“ nennt nicht mit Unrecht die „Magdeburger Ztg.“ eine in Magdeburg stattgehabte große Versammlung von Wählern aller bürgerlichen Parteien, von den Konservativen bis zu den Freisinnigen. In dieser Versammlung kam der einmütige feste Wille, den Wahlkreis der Sozialdemokratie zu entreißen, mit aller Entschiedenheit zum Durchbruch. Als stärkste der bürgerlichen Parteien stellt die nationalliberale Partei den Kandidaten in

der Person des Fabrikbesitzers Arendt. Die Rede, in welcher dieser sich der Versammlung vorstellte, zeigt manche sympathische Züge, aus denen hervorging, daß er keinesfalls dem linken Flügel seiner Partei angehört. Wenn Herr Arendt dabei mit aller Entschiedenheit seinen liberalen Standpunkt vertrat, so lag das, wie selbst die „Kreuz-Ztg.“ unumwunden erklärt, durchaus in der Natur der Sache. Nach der Rede vollzog sich das so ziemlich einzigartige Schauspiel, daß zunächst der freisinnige und sodann der konservativere Führer des Wahlkreises mit Wärme für den nationalliberalen Kandidaten eintraten und im Namen ihrer Parteien versprachen, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß der Nationalliberale den Sieg erlange. Der freisinnige Redner betonte dabei, daß seine Partei lediglich durch das überaus gefäßliche und terroristische Auftreten der Sozialdemokratie veranlaßt worden sei, von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten Abstand zu nehmen, daß also nicht Ohnmachtsgefühl oder Schwäche für diesen Beschluß maßgebend gewesen sei. Quasi gleich freudig ließ er durchblicken, daß das Eintreten der Nationalliberalen für den freisinnigen Kandidaten im benachbarten Wahlkreise Duerfurt den Entschluß seiner Partei erleichtert habe. Zu bemerken ist dabei, daß in Magdeburg die freisinnige Volkspartei in Frage kommt; die freisinnige Vereinigung würde vermutlich dem Kartell nicht so leicht beigetreten sein. Der konservative Redner Reichsanwalt Schenk lehnte sich bei der Beurteilung der Sozialdemokratie an die Worte seines Vorredners an. Er schloß mit der Mahnung an die Wähler, alle Kräfte für den nationalliberalen Kandidaten einzusetzen. Diesem gemeinsamen, bei gleichen Verhältnissen nachsahmungswerten Vorgehen, bemerkt die „Kreuz-Ztg.“, kann nur aufrichtig ein guter Erfolg gewünscht werden. „Bei gleichen Verhältnissen“ sagen wir. Denn wir würden uns freuen, wenn in solchen Wahlkreisen, in denen die Konservativen nachweisbar die stärkste Partei sind, die Nationalliberalen und Freisinnigen ebenso handeln würden, wie die letzteren und die Konservativen in Magdeburg.

Zur **Wahlbewegung** ist über eine Rede des Fürsten Herbert Bismarck zu berichten, der sich im Kreise Friedrichs abermals um das Reichstagsmandat bewirbt. Der Fürst sprach vor seinen Wählern in Burg und begann mit der Behauptung, daß das Verhalten unserer Regierung nur geeignet gewesen sei, die Sozialdemokratie groß zu ziehen, und das könne mit dem nächsten Reichstag nur schlimmer werden. „Ich muß gestehen, daß ich mit Bedenken in die Zukunft sehe. Es scheint der Eindruck vorzuherrschen, daß unsere Regierung zu viel Verbeugungspolitik nach innen und nach außen betriebe. Der Vorwurf ist nicht ganz unbedeutend. Das Verhalten unserer Regierung ist als eine Politik der Komplimente zu bezeichnen, und das beruhet es, daß sie in manchen Punkten sich aufrichtig vorrängt und in anderen eine große Bagatellosigkeit an den Tag legt. Früher galt das Wort: „Wir laufen niemand nach.“ Jetzt aber ist es: „Wir sind die Nachfolger des Fürsten Bismarck, diesen möglichst tot zu schweigen, ihn zu ignorieren und alles anders zu machen, als er es getan. Das Unbehagen ist groß; das sehen wir aus den Klagen darüber, daß es an einer Wahlparole mangle. Warum führt nun die Regierung keine Wahlparole vor? Dann müßte sie die Führung übernehmen, und das will sie nicht. Wenn der erste Kanzler 1862 und 1863 ebenso gehandelt hätte, so hätte Deutschland die großen Zeiten von 1864, 1866 und 1870 niemals erlebt. Bequemer wäre es für ihn gewesen, wenn er sich damals der Mehrheit unterworfen hätte. Er hätte ein angenehmes Leben gehabt, wie es viele Minister heute führen, wie es aber niemals gut zu heißen ist für ein großes Reich mit großen Aufgaben im Innern. Die Regierung hätte die Führung und Ausfüllung der Massen übernehmen sollen. Wohin ein Schießen der Bügel am Boden führen kann, das haben wir bei den im April d. J. in Holland ausgebrochenen Streiks gesehen. Erst als dort die Regierung zugegriffen hat, war der Streit in einigen Tagen beendet. Unsere Regierung hat mehr Gewalt als die holländische. Hätte sie ihre Pflicht getan, so würden viele Streikführer davon zurückgehalten sein, sich von sozialdemokratischen Lehren bestimmen zu lassen.“

Bermischtes.

Berlin, 4. Juni. In dem Hause Karlsgrabenstraße 1 zu Hildorf wurde seit dem Pfingsttag das kinderlose Neumannsche Ehepaar vermißt. Heute morgen, als die Wohnung polizeilich geöffnet wurde, fand man die 40 Jahre alte Frau Neumann tot mit eingeschlagenem Schädel im Bett. Der Hals war mit einem Messer zur Hälfte durchgeschnitten. Der 45jährige Ehemann hing tot am Bettposten. Neumann war bis vor kurzer Zeit in einer Irrenanstalt untergebracht, wurde dann aber wegen Besserung seines Zustandes entlassen. Die Tat scheint am 2. Pfingstfeiertag begangen zu sein.

Rekognosziert sind die beiden Leichen, die, wie wir berichtet haben, am Ufer des Grunewaldsees gefunden wurden. Die Toten sind das Ehepaar Reich aus Berlin. Der Mann, ein Konfektionsarbeiter Ernst Reich, hatte bis zum vorigen Jahre in Berlin eine Hofwohnung inne, mußte sie aber aufgeben, weil er keine Mittel mehr besaß. Seitdem besaß er fowohl, wie seine Frau kein festes Domizil mehr.

Ueber den Untergang des Dampfers „Arcuipa“ bei Balparaiso liegen jetzt näher Mitteilungen vor. Der „Arcuipa“ riß sich während des Sturmes vom Anker los und sank. Eine furchtbare Panik herrschte an Bord, unter der Mannschaft sowohl, wie unter den Passagieren. Das britische Schiff „Potallood“ rettete elf Personen. Als man die Frau des Kapitäns Lobb in Sicherheit bringen wollte, riß das Rettungsseil, und die Unglückliche stürzte ins Wasser. Ein Matrose sprang ihr nach und ergriff sie; doch die Wogen trennten die beiden wieder, und die Frau ertrank, während der Matrose von der Mannschaft eines deutschen Schiffes geborgen werden konnte. Insgesamt sollen bei dem Untergang in der Nähe von Balparaiso 20 Schiffe untergegangen sein.

Ein großer Diebstahl, der bei allen unbeteiligten Personen ungetriebene Heiterkeit erregen dürfte, ist dieser Tage auf der Moskauer-Kursier Eisenbahn begangen worden. Sämtliche Passagiere eines

Schlafwagens vermißt, als sie sich früh aus ihren Betten erhoben, ihre Kleider, die sie vor dem Schlafengehen an die Wand gehängt hatten. Einige brachten noch etliche Kleidungsstücke, um ihre Wäsche zu bedecken; die anderen aber erkannten, daß sie nackt waren, und mußten, nur mit ihrer Schönheit bekleidet und mit der Tugend als Deckmantel, die Fahrt nach Moskau fortsetzen. Hier wurden einige, die ihre Freunde telegraphisch von dem Unglück in Kenntnis gesetzt hatten, auf dem Bahnhof mit mehr oder minder prächtigen Kostümen begrüßt, die anderen aber, die nicht so glücklich waren, ließen sich trotz der zu einem Luft- und Lichtbad verlockenden Hitze in hermetisch verschlossenen Droschken nach den Hotels fahren. Geweiden muß man die bestohlenen Passagiere wegen ihres gesunden Schlafes, der auf ein ruhiges Gewissen schließen läßt.

Ein **Revolte** wird aus dem Berliner Erziehungshaus in Lichtberg gemeldet. Es ist noch gar nicht lange her, daß es eine kleine Revolte gab, und schon wieder machten eine Anzahl Raangeshaltiger ihrer Wut über die Verweigerung des Pfingsturlaubs durch einen bössartigen Tumult Luft. Ein Högling wollte entfliehen, indem er im Keller mehrere Ähren erbrach und die Gitterfenster zu durchlöchern versuchte. Dabei wurde er überrascht und sollte in die Straßstraße gebracht werden. Dem widerlegte er sich aufs äußerste und schlug mit einem zugebognen Eisenstück auf die Aufseher los. Dem herbeieilenden Inspektor drohte er an, ihn zu Boden zu schlagen. Andere Höglinge ergrieffen für ihn Partei, zertrümmerten die Gitter in der Turnhalle und gingen mit losgebrosenen Reden auf das Personal los. Es kostete viel Mühe, die renitenten Burschen zur Ruhe zu bringen.

Ein **Attentat auf einen Hauptmann** ist in der Provinz Posen von einem Soldaten verübt worden. Auf dem Truppenübungsplatz Biedrusko (Weißenburg), wo gegenwärtig wieder große Truppenübungen stattfinden, sind u. a. das 37. Infanterie-Regiment aus Krotoschin und das Feldartillerie-Regiment Nr. 56 aus Lissa untergebracht. Nachts fuhren mehrere Offiziere in Bivvi, die bei einem Schützenfeste in einer der umliegenden Dörfer gefest waren, auf einem Krumpwagen die Gasse Pannitz-Goslin entlang, um nach Biedrusko zurückzukehren. Unterwegs wurde der Wagen von Soldaten angehalten; diese verlangten, mitgenommen zu werden. Als ihnen dies abgeschlagen wurde, zog einer der Leute blank, und der Hauptmann Walsche vom 37. Infanterie-Regiment aus Krotoschin, der auf dem Rücksitz saß, erhielt einen Stoß über den Kopf. Der Offizier trug eine stark blutige Stirnwunde davon und mußte nach dem Garnisonlazarett übergeführt werden. Man vermutet, daß der Attentäter ein Soldat des Feldartillerie-Regiments Nr. 56 ist, da er weißes Verzeugs trug. Nach dem Ueberfall wurden sogleich die Baracken auf dem Truppenübungsplatz nach feindlichen Mannschaften untersucht. Der Täter konnte aber bisher noch nicht ermittelt werden.

Die **Waldbände** in Nordamerika haben eine bedauerliche Ausdehnung angenommen. Die Flammen wälzen sich mit großer Schnelligkeit weiter und weiter alles vernichtend, was sich ihnen entgegenstellt. Telegramme, die uns über London zugehen, besagen, daß bei Ottawa das Feuer Feld und Wald vernichtet. Funten, die von den brennenden Fildern nach Ottawa getrieben worden, verursachten in der Stadt selbst Brandschaden im Betrage von nahezu zwei Millionen Mark. Auch Quebec ist bedroht. Die gesamte südliche Feuerlinie war in der brennenden Umgebung ausgebrochen, doch blieben ihre Bemühungen bisher fruchtlos, sie mußte schließlich ihre Geräte im Stiche lassen, um sich selbst in Sicherheit zu bringen. Die Einwohner der Provinz von Quebec beginnen bereits an die Ufer des St. Lorenzo-Stromes oder auf die Dampfer zu flüchten.

Das **letzte Lied**. In Wien ist die Sängerin Frau Irma Goltz im Alter von 29 Jahren gestorben. Sie schloß den Tod nahen und bereitete sich auf ihn in einer Weise vor, die ihr Ableben zu einer der erquickendsten Sterbefälle machte. Frau Goltz war das Opfer einer tödtlichen und unheilbaren Krankheit. Sie litt an Bluterseugung. Der behandelnde Arzt, der wiederholt an ihr die neue Anwendung der ultravioletten Strahlen versucht hatte, sagte ihr kurz vor ihrem Tode: „Sie käme jetzt in die violetten Strahlen.“ Frau Goltz erwiderte: „Nein, in den blauen Himmel!“ In derselben Nacht sprach die Künstlerin den Wunsch aus, aus dem Bette in einen Lehnstuhl gehoben zu werden. Dies geschah, darauf nahm die Kranke von ihren Angehörigen Abschied. Sie erklärte ihrem Gatten, daß sie ihm seine Freiheit wiedergebe, erteilte einigen Anwesenden gute Lehren und nun spielte sie eine Scene voll Tragik ab. Frau Goltz hat mit schwacher Stimme, man möge sie festlich schmücken und ihr die Prunkgewänder der „Traviata“ anlegen. Die Angehörigen erfüllen ihren Wunsch, so weit sich die Toilette beschaffen ließ. Dann hat die Sterbende, man möge viel Licht in das Zimmer bringen, daß es taghell erstrahle. Der Raum erglänzte bald in vollster Beleuchtung. Nun erludte Frau Goltz ihre Brüder, sich ans Klavier zu setzen und Mendelssohns „Frühlingssong“ zu spielen. Als die Brüder die Tasten anschlagen, und die ersten Akkorde den Raum durchklingelten, erhob sich Frau Goltz im Lehnstuhl und sang mäßig mit schwer zu schilberndem Ausdruck die Melodie mit. Wöglich brach die Sterbende mitten im Gesange ab und glitt mit den Worten: „Zur Erde, zur Erde!“ langsam zu Boden. Als sich Kerze und Verwandte um die Unglückliche bemühten, sahen sie, daß der Tod eingetreten war. Alle Vorbereitungen hatte Frau Goltz mit solcher Bestimmtheit veranlagt, daß man die Erfüllung ihrer Anordnungen, so schwer es auch den Angehörigen wurde, nicht verweigern konnte.

Infolge Genusses von Wasserfrierling erkrankten vier Kinder der Arbeiter Rahmerischen Scheune in **Neumünster**. Eins von ihnen ist bereits gestorben, ein zweites ist dem Tode nahe.

Vom **heiligen Bureaokratismus** erzählen die „N. Hess. Volksblätter“ eine erbauliche Geschichte. Ein höherer Steuerbeamter, der eine Dienstreise unternahm, benutzte zu diesem Zwecke den Wagen eines Steuerinspektors und stellte dem Staate 2 Mk. Trinkgeld in Rechnung, die er dem Kutscher verabreicht hatte, anstatt der 14 Mk., die er für die ihm freistehende Benutzung irgend eines beliebigen Mietwagens zu fordern gehabt hätte. Dieje edle Tat, die der Staatskasse ein Ersparnis von 12 Mk. eingebracht hätte, fand aber keine Gnade vor der Oberrechnungskammer, die ihm nämlich erstoffte, daß sie nicht befragt sei, 2 Mark Trinkgelber für einen Kutscher zu bezahlen. Der nach dieser Richtung hin belechtete Beamte wird natürlich wissen, was er in Zukunft zu tun hat.